



**Postulat der SP-Fraktion und der Fraktion Alternative-die Grünen
betreffend 150 Millionen Franken Überschuss, unnötige Sparmassnahmen rückgängig
machen
vom 27. Juni 2019**

Die SP-Fraktion und die Fraktion Alternative-die Grünen haben am 27. Juni 2019 folgendes Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat des Kantons Zug wird hiermit aufgefordert, Massnahmen des Entlastungsprogramms seit 2015 zu prüfen und gegebenenfalls rückgängig zu machen.

Begründung:

Der Regierungsrat hat am 6. November 2014 mehr als 200 Massnahmen aus allen Direktionen angekündigt, um zugunsten des Entlastungsprogramms 2015–2018 pro Jahr bis zu 80–100 Millionen Franken einsparen zu können. Dabei mache er „vor keinem Thema halt“. Seit 2018 sollen 260 Einzelmassnahmen die jährliche Rechnung um rund 100 Millionen Franken pro Jahr entlasten; davon entfallen rund 60 Millionen Franken den «Sofortmassnahmen» in Kompetenz des Regierungsrats (Paket 1). Das Paket 2 lag in Kompetenz des Parlamentes: infolge der Ablehnung durch die Stimmbevölkerung werden dazu über das «Sparpaket 2018» rund 40 Millionen Franken eingespart.¹

Die Fraktionen der Alternativen-die Grünen und der SP anerkennen die Bemühungen um einen ausgeglichenen Finanzhaushalt. Um diesen zu erreichen, wurden hunderte von Massnahmen sowohl in Kompetenz des Regierungsrats als auch des Kantonsrats geprüft und viele davon umgesetzt. Da der Kanton Zug das Jahr 2018 mit einem Überschuss von nahezu 150 Millionen Franken abgeschlossen hat, bitten wir den Regierungsrat um eine Überprüfung zum Rückgängig machen von Sparmassnahmen, wo sie angezeigt sind.

110/mb

¹ Kurzfassung siehe https://www.zg.ch/behoerden/finanzdirektion/direktionssekretariat/finanzprojekte/archiv/copy_of_entlastungsprogramm-2015-2018